

*Hansgeorg Münch - Haushaltsrede zum Haushalt 2023 – es gilt das gesprochene Wort
am 02.02.2023*

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

**die Corona Pandemie ist weitgehend überwunden und sogar für
beendet erklärt. Allgegenwärtig geblieben sind, neben der
Klimakrise, die durch den Krieg in der Ukraine hervorgerufene
Energie- und Nahrungsmittelknappheit und der damit verbundenen
erheblichen Inflationsraten.**

**Keiner hätte gedacht, dass unser Geld so schnell an Wert verlieren
kann, und ich denke das ist erst der Anfang dieser Abwärtsspirale.
Mit Besorgnis sehe ich trotz der Schuldenbremsen die kommende
Überschuldung des Bundes und der Länder. Mit 100 Milliarden
Sondervermögen haben wir jetzt einen weiteren Schritt getan der
dazu beiträgt.**

**Diese 100 Milliarden, die wir zur Ertüchtigung unserer Bundeswehr
benötigen, werden uns erheblich belasten. Denn es sind „de fakto“
neue Schulden die inklusive Zinslasten, irgendwie und irgendwann
zurückgezahlt werden müssen. Noch dazu haben wir mit
exorbitanten Belastungen unserer Sozialsysteme durch die
Flüchtlingskontingente und Neuregelungen beim Bürgergeld zu
rechnen.**

**Und so wie bei dem kleinen Groß-Umstädter Haushalt, müssen
Bund und Länder auch schauen, dass ihr Haushalt gedeckt ist.
Doch wie kann das gelingen?**

Die zusätzlichen Belastungen können nur über Steuererhöhungen, und/oder Erhöhungen der Umlagen, bzw. Reduzierung der Steuerzuweisungen von oben nach unten weitergereicht und somit auf alle verteilt werden.

Wir als Stadt Groß-Umstadt, sind dabei in der untersten Ebene und haben nur unsere Bürger und Gewerbetreibenden, die wir über Grund- und Gewerbesteuern und Gebühren, an diesen steigenden Kosten beteiligen können.

Sei's drum, hier und heute geht es ja nicht um die große Politik, aber wir sollten uns als Kommunalpolitiker bewusst sein, dass sich deren Probleme auch finanziell auf uns Groß-Umstädter auswirken. Was oben verbockt wird, können wir jetzt schon nur schwer, aber wahrscheinlich irgendwann überhaupt nicht mehr ausgleichen.

Doch nun zu unserem Haushalt, dem eigentlichen Thema:

Dieser Haushalt ist der erste Haushalt der von unserem neuen Bürgermeister René Kirch, federführend in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung, aufgestellt wurde. Und auch ich danke an dieser Stelle der Finanzabteilung um Frau Schübler und Herrn Naiyanart für ihre Arbeit und die Bereitschaft dazu unsere Fragen, und sollten sie auch manchmal kritisch oder sogar vorwurfsvoll gestellt worden sein, immer bereitwillig und freundlich zu beantworten. Ich denke man kann in diesem Haushalt schon die Handschrift des neuen Bürgermeisters erkennen. Er bemüht sich unserer Ansicht nach in besonderer Weise, den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gerecht zu werden. Mit diesem Haushalt wird die Situation gezeigt, wie sie tatsächlich ist. Und sie ist leider ganz und gar nicht rosig sondern eher trüb und grau. Mit einem Defizit

von rund 800.000 € die wir glücklicherweise aus den Rücklagen decken können, werden wir den Haushalt mit einem negativen Ergebnis im operativen Geschäft, also dem Ergebnishaushalt, bei der Kommunalaufsicht einreichen müssen.

Die Aufwendungen steigen dieses Jahr um rund 5 Mio. €. Das ist ein dramatischer Anstieg der unter anderem der Inflation, dem steigenden Bedarf an Personal, insbesondere in der Kinderbetreuung, den Tarifsteigerungen und nicht zuletzt den steigenden Energiekosten geschuldet ist.

Zusätzlich belasten steigende Kreis- und Schulumlagen unseren Haushalt erheblich. Hier spiegelt sich dann der bereits erwähnte Mechanismus der Weitergabe wider.

Und wenn dem Landrat das Geld nicht reicht, wird die Kreis- oder auch die Schulumlage um einen Prozentpunkt erhöht und es kann wieder weiter gehen, wie soeben geschehen.

Dass er den Städten und Gemeinden dabei die Luft zum Atmen raubt, scheint übergeordnet nicht wirklich zu interessieren.

Manchmal habe ich den Eindruck im Kreis wird auf Teufel komm raus in die Infrastruktur investiert, ohne auf die Kosten und vor Allem auf die Einhaltung der Kostenrahmen dieser Investitionen zu achten. Ganz zu schweigen von den Defiziten die kreiseigene Einrichtungen erwirtschaften. Nach Aussen sieht das dann toll aus, was der Kreis alles so hat, kann und macht. Letztendlich bekommen wir aber diese Kosten dann über die Umlagen aufgehalst.

Was wir Stadtverordneten dabei seinerzeit zum Bau der Kreiskliniken zur Bedingung gemacht haben, wird galant ignoriert. Und da möchte ich nämlich mal an die von uns geforderten 300 Parklätze rund um den Krankenhausneubau erinnern, deren

Nachweis hier immer noch aussteht. Hier sehen wir ein großes Verkehrs- und Parkplatzchaos auf uns zukommen und keine Lösung ist in Sicht. Das einzige was in Sicht ist, sind weiterhin steigende Kreisumlagen.

Und hier kommen wir zu einem Thema das sicher nicht jedem Groß-Umstädter passen wird. Wir haben heute einen Antrag für die nächste Sitzungsrunde eingebracht der gleich mehrere Ziele verfolgt. Ab 2025 ist es vom Gesetz her möglich eine Grundsteuer C einzuführen. Diese Steuer soll zusätzlich auf bebaubare ungenutzte Flächen sowie ungenutzte Wohngebäude, sogenannte „Schrottimmobilien“ erhoben werden. Im Vordergrund steht dabei die steuernde Wirkung dieser Maßnahme. Im Idealfall würde das dazu führen, dass wir nicht mehr so viele Neubauf Flächen auf der grünen Wiese ausweisen müssen, wenn die Eigentümer sich dann entschließen die Flächen selbst zu bebauen, das Gebäude zu sanieren oder eben an Bauwillige zu verkaufen. Sollte dies nicht passieren kann der Haushalt wenigstens von den zusätzlichen Steuereinnahmen profitieren. Hier gilt es, im Vorfeld eines Beschlusses dazu, die Verwaltung einmal die Auswirkungen und das Potenzial dieser Maßnahme prüfen zu lassen. Wir denken es könnte eine Win/Win Situation für Groß-Umstadt daraus entstehen.

Durch Workshops in Sommer des letzten Jahres, waren wir frühzeitig bei der Haushaltsplanung mit eingebunden und konnten unsere Ideen mit einbringen. Mit Verweis auf den sehr deutlichen und vernichtenden „Warnschuss“ der Kommunalaufsicht zum Haushalt 2022 folgt der vorgelegte Haushalt 2023 nach unserer Auffassung umfänglich den Aspekten der dringend erforderlichen

Haushaltskonsolidierung, ohne neu eingeplante übermäßige Investitionsmaßnahmen.

Auf zusätzliche Anträge zu Investitionen wollten auch wir die BVG unter den derzeitigen Vorzeichen verzichten und haben hier keine weiteren Anträge eingebracht.

Der Antrag zur Abplanung der Tablets für Mandatsträger stand auch bei uns auf dem Zettel. Da die SPD hier einen Tick schneller war, haben wir auf einen eigenen Antrag dazu verzichtet und werden diesem Antrag zustimmen. Wir sind der Meinung, dass die Mandatsträger, die immer noch ausschließlich mit Papier arbeiten, sich weder durch ein städtisches Tablet noch durch weitere finanzielle Anreize davon überzeugen lassen, sich rein auf elektronische Medien umzustellen. Noch dazu sehe ich die Gefahr, dass ein städtisches Tablet extern oder auch von einem städtischen Mitarbeiter ständig aktualisiert bzw. hinsichtlich der Sicherheit überprüft werden muss, was zusätzliche Kosten produzieren würde.

Zum Antrag der Grünen zum Thema Klimaschutzmanagement möchte ich mich auch noch kurz äußern. Das Thema Klimaschutz wird uns sicher noch unser ganzes Leben begleiten, da wir alle die Veränderung des Klimas hautnah mitbekommen. Dass wir im Klimaschutz auch als Stadt „im Kleinen“ etwas bewegen können und dass dafür alle städtischen Entscheidungen auf ihre Klimarelevanz geprüft und bewertet werden müssen, steht außer Frage. Der Beschluss einen Klimaschutzmanager einzustellen, ist nun auch schon zwei Jahre alt. Wir sollten hier dem aktuellen Vorschlag der Grünen jetzt auch folgen und dem jetzigen Antrag so zustimmen. Das neue Klimaschutzkonzept ist Grundlage dafür und soll so schnell wie möglich beauftragt werden, damit wir auch einen

geeigneten Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin für diese Stelle finden.

Zu den anderen Anträgen werden wir uns dann äußern, wenn sie aufgerufen werden.

Zum Stellenplan des Haushalts:

Für jedes funktionierende Unternehmensgebilde, egal ob aus der Wirtschaft oder der öffentlichen Hand, bleibt es unabdingbar, dass dieses personell und strukturell in der Lage ist, die obliegenden Aufgaben umfassend wahrzunehmen.

Der Bürgermeister hat sich ausgiebig mit der Evaluation der vor 2 Jahren beschlossenen Verwaltungsreform befasst und auch schon erste Veränderungen vorgenommen, was wir sehr begrüßen.

Ungeachtet dessen besteht unseres Erachtens weiterhin Optimierungsbedarf nach den Parametern --- Eignung, Befähigung und Leistung --- insbesondere bei der Besetzung von Leitungsfunktionen.

Nach Jahren des Stillstands ist es unvermeidbar, dass dieser Prozess mit einer zeitweisen Stellenmehrung mit KW-Vermerk (kann wegfallen) einhergeht.

Auch wenn dieser Prozess der Umorganisation sicher Zeit in Anspruch nehmen wird, sollten wir dem Bürgermeister mit seiner Qualifizierung als Verwaltungsfachmann die Chance einräumen zusammen mit dem Magistrat seine Vorstellungen von einer effektiven, gut arbeitenden Verwaltung umzusetzen.

Wir die BVG stehen auf jeden Fall hier hinter ihm und werden dem Stellenplan auch so zustimmen.

Wir begrüßen es, dass jetzt endlich passiert, was wir mindestens schon seit 2015 in mehreren Anträgen immer wieder gefordert haben. Die Prozesse in der Verwaltung werden angeschaut und Optimierungspotenziale gesucht und dann gehoben. Das wird die Effizienz langfristig verbessern. Es braucht aber Zeit und bedeutet am Anfang erstmal auch mehr Aufwand. Traurig ist, dass wir durch die frühere Blockadehaltung der regierenden Mehrheiten, soviel Zeit verloren haben.

Beim Investitionshaushalt, ist jetzt noch eine nennenswerte Investition hinzugekommen. Im Bereich Obdachlosenunterkünfte ist lange Zeit nichts passiert, obwohl hier schon lange Handlungsbedarf besteht, weil die Unterkünfte in der Wilhelm Liebknechtstrasse unzumutbar wurden. Der Sonnenhof ist letztendlich für die Unterbringung zu teuer und von der Lage her eigentlich nicht geeignet.

Die jetzt angestrebte Lösung mit Containern ist bei dem ein oder anderen unter Umständen auch umstritten. Es soll ja aber auch nur eine Notunterkunft für vorübergehende Obdachlosigkeit sein. Ob die geplante Größe und die veranschlagten Kosten realistisch sind, werden wir dann sicher noch zu diskutieren haben.

Was dringend aber jetzt endlich mal in Groß-Umstadt vorangetrieben werden muss, ist die Erhöhung der Anzahl an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum. Dazu haben wir heute noch einen Antrag für die nächste Sitzungsrunde eingebracht, der hier schon eine Verbesserung bringen soll aber sicher nicht ausreicht.

Im grösseren Stil allerdings, wird sozialer Wohnungsbau mit größter Wahrscheinlichkeit nur mit Geschosswohnungsbau

realisierbar sein. Investoren für solche Projekte gibt es, aber für die, müssen auch die Rahmenbedingungen passen, sonst wird sich auch in Zukunft hier nichts tun. Wir erwarten hier von der Verwaltung, dass das Zukunftsforum zur Entwicklung unserer Stadt möglichst bald gestartet wird. Wir sind zeitlich bereits in einem extremen Verzug und müssen zusehen, dass wir den zukünftigen Anforderungen gerecht werden.

Wir die BVG werden dem Haushaltsentwurf mit den beschlossenen Änderungsanträgen zustimmen.